

Die jächische Regierung kann nicht untätig zusehen, daß die gesamte jächische Arbeiterklasse beschäftigungslos auf die Straße geworfen wird.

Nun beruft sich die „Dresdner Volkszeitung“ auf Erklärungen, daß die Streikleitung bereit sei, Notstandsarbeiten verrichten zu lassen. Diese Erklärung bezieht sich aber nur auf Notstandsarbeiten innerhalb der Elektrizitätswerke. Damit ist die Stromversorgung durchaus nicht gesichert, da ja die gesamten Elektrizitätswerke zum Stillstand kommen, wenn sie keine Kohlen erhalten. Die Aufgabe der jächischen Regierung liegt demnach darin, für die Kohlenzufuhr an die Elektrizitätswerke Sorge zu tragen. Das sollte auch die „Dresdner Volkszeitung“ begreifen, sofern ihr im Ernste daran liegt, die Interessen der jächischen Arbeiterklasse zu wahren.

Ueberfall auf arbeitswillige Bergleute.

Zittau, 20. Oktober. Auf dem Wege zur Arbeit wurden die Bergarbeiter Adam und Ulrich aus Hartau überfallen und so schwer mißhandelt, daß sie nach dem Krankenhaus gebracht werden mußten. Es steht noch nicht fest, ob der Ueberfall mit dem Streite in Verbindung zu bringen ist.

Lohnforderungen im Ruhrgebiet.

In den letzten Tagen im Ruhrgebiet abgehaltene Konferenzen und Versammlungen des Gewerkschaftsbundes christlicher Bergarbeiter haben eine Entschlieung angenommen, in der an die Regierung das dringende Ersuchen gerichtet wird, die unterbrochenen Verhandlungen mit den Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Besprechung der Lohnfrage sofort wieder aufzunehmen. Die Aufbesserung der Bergarbeiterlöhne muß, so heißt es in der Entschlieung weiter, gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der Besoldungserhöhung erfolgen. Die Not der Bergarbeiter ist groß und schnelle Hilfe ist deshalb dringend notwendig.

Die Bergarbeiterverbände hatten unter dem 11. d. M. an den Zechenverband ein Schreiben gerichtet, in dem um Verhandlungen über eine außertarifliche Lohn-erhöhung ersucht wurde. Der Zechenverband hat daraufhin den Bergarbeiterverbänden ein Antwortschreiben zugesandt, in dem der Zechenverband bedauert, dem Ersuchen nicht entsprechen zu können, da er eine grundlegende Änderung der Verhältnisse nicht anzuerkennen vermöge.

Im übrigen verweist der Verband darauf, daß sich die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaues in den letzten Monaten derart verschlechtert hat, daß sie viel mehr Verhandlungen über eine Lohnherabsetzung als über eine Lohnerrhöhung bedingen würde.

Die Ausweisungen aus dem Memelland.

Intervention der Demokraten im Reichstag.

Berlin, 20. Oktober. Die Demokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, die sich gegen die dauernden Ausweisungen und gegen die Einreiseverweigerung ehemaliger Reichsbeamter nach Litauen wendet. Die in der Memellandkonvention der weitüberwiegenden deutschen Bevölkerung im Memelland zugesagten Rechte und Freiheiten seien nicht verwirklicht. Statt unter Selbstverwaltung, setze das Land unter einer Militärdiktatur. Die Reichsregierung wird gefragt, welche Mittel sie anzuwenden gedenke, um die Rechte deutscher Staatsangehöriger zu schützen und die litauische Regierung zur Beachtung der Memellandkonvention zu veranlassen.

Der Reichswirtschaftsrat zum Kriegsschadenschlußgesetz.

Berlin, 20. Oktober. Der finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates erledigte heute das Kriegsschadenschlußgesetz und nahm in einem längeren Gutachten dazu Stellung. Er stimmte dem Gesetz zu und äußerte den dringenden Wunsch, daß Reichsregierung und Reichstag aus Anlaß des vorliegenden Gesetzes besondere und endgültige Maßnahmen zum Ausgleich von Härten ergreifen mögen, die sich aus dem Ausgleichsverfahren ergeben haben. Zu der Regierungsvorlage stellte der Ausschuss eine große Anzahl von Abänderungsanträgen. Der Ausschuss beschloß ferner, sich weiter mit den Plänen des Ernährungsministeriums auf gesetzliche Regelung der Umwandlung von auf Roggenwert lautenden Hypotheken und sprach sich gegen ein derartiges Gesetz aus.

Bedeutende Erklärung Pribitschewitsch' in der Stupischina.

Belgrad, 20. Oktober. In der Sitzung der Stupischina erklärte der frühere Unterrichtsminister Pribitschewitsch u. a., daß es in den ehemals österreichischen Gebieten heute noch ärger sei als unter Ungarn oder Oesterreich. Die Radikalen irren sich, wenn sie glauben, daß diese Gebiete unter Oesterreich oder Ungarn keine Freiheit gehabt hätten. Der Rede folgte ein frenetischer Beifall bei der Opposition.

Roheitsakt an einem deutschen Gemeindegewählten in Polnisch-Oberschlesien.

Kattowitz, 20. Oktober. In Emanuelsteden wurde nach der Schöffenwahl der einzige gewählte deutsche Gemeindegewählte von einem polnischen Schöffen in einem Lokal hinterläßt überfallen und durch mehrere Messerschläge so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte. Von dem gleichen polnischen Schöffen, der dem Aufständischen-Verband angehört, wurden bereits wiederholt deutsche Gemeindevorsteher mit dem Revolver bedroht.

Präsident Dr. Sahn über die freie Stadt Danzig.

Hamburg, 20. Oktober. Vor einer großen Zuhörerschaft, darunter die beiden regierenden Bürgermeister Hamburgs, Dr. Peterßen und Dr. Schramm, Reichstagskanzler a. D. Dr. Luther und anderen prominenten Persönlichkeiten sprach heute abend im Ueberseeclub der Präsident Danzigs, Dr. Sahn. Vieles herrsche noch Unklarheit, so führte der Redner aus, daß durch den Vertrag von Versailles Danzigs staatsrechtliche Stellung als gekünsteltes Machtgebilde geschaffen sei. Durch siebenhundert Jahre Danziger Geschichte trete der Kampf um die Erhaltung und Reinhaltung des deutschen Charakters hervor. 95 Prozent der Danziger Bevölkerung sei deutsch. 1919 sei Danzig gegen seinen Willen vom Deutschen Reich getrennt worden, und nunmehr ein unabhängiger souveräner Staat, der nicht unter dem Protektorat Polens stehe. Weiter äußerte sich Präsident Sahn über Danzigs Stellung zum Völkerbund und die vertraglichen Beziehungen zu Polen und betonte, daß Danzig ein besonderes Interesse an der baldigen Beendigung des Handelskonfliktes zwischen Polen und Deutschland habe. Die Ausführungen des Präsidenten fanden überaus starken Beifall.

Die litauisch-polnische Grenze gesperrt.

Warschau. Seit Dienstag ist die polnisch-litauische Grenze von den litauischen Behörden gesperrt worden. Jeder Verkehr nach Litauen, auch der Verkehr auf Grund der Passierscheine für die Bewohner der Grenzbezirke, ist gesperrt worden. Da zahlreiche Pächter ihre Besichtigungen beiderseits der Grenzen haben, ist es ihnen unmöglich, alle Gelder zu bestellen. Nur einigen in Polen wohnenden Litauern ist der Uebertritt über die Grenze gestattet worden.

Inzwischen beginnen die polnischen Behörden wieder mit den Verhaftungen von Litauern. So wurden in der Nacht zum Mittwoch bei Hausdurchsuchungen im Wilnaer Gebiet einige den Polen verdächtige Personen verhaftet, unter denen sich auch wieder einige Geistliche befanden. Der Vertreter Litauens in Polen bemüht sich gegenwärtig darum, die Freilassung der Verhafteten zu erwirken.

Schließung deutscher Gaststätten in Südtirol.

In Südtirol ist als Folge des letzten Vermischungsverlages nunmehr die Schließung deutscher Gaststätten in Bozen, Gries und Brigen erfolgt. Auch in anderen Orten Südtirols ist eine Anzahl von Gasthäusern geschlossen worden. Begründet wird die Maßregel damit, daß in diesen Gaststätten deutsche Lieder gesungen wurden!

Roheitsakt eines französischen Besatzungssoldaten gegen einen Kriegsbeschädigten.

Ludwigshafen. Vor einigen Tagen hat sich in der Stadt Kufel wieder ein Besatzungswischenfall ereignet. Der Schwerekriegsbeschädigte Landwirt Seiler aus Zehelbach hielt mit seinem Wagen an, um eine französische Truppe vorbeimarschieren zu lassen. Ein Franzose trat an ihn heran und bat ihn, ihm seine Peitsche zu überlassen. Daraufhin schlug der Franzose den Kriegsbeschädigten mit der Peitsche mitten ins Gesicht, in dem die schweren Kriegsverletzungen Seilers deutlich erkennbar waren.

Die portugiesische Rettungsmedaille für den Kommandanten des Kreuzers „Berlin“.

Das portugiesische Gesandtschaftsamt in Lissabon, veröffentlicht ein Dekret des Marineministeriums, wonach dem Kommandanten des Kreuzers „Berlin“, Fregattenkapitän Kolbe, die silberne Rettungsmedaille für Mut, Selbsterleugnung und Menschlichkeit anlässlich der am 19. Mai 1927 auf der Insel Pico vor Horta vorgenommenen Bergung des in Seentot befindlichen Seglers „Agua Moreana“ verliehen wird. Die besonders schwierige Bergung erfolgte auf Bitten des Hafentapitans von Horta.

Kemal schafft den Islam als Staatsreligion ab.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, erklärte Kemal Pascha auf dem Kongress der Volkspartei, daß der Islam als Staatsreligion bei nächster Gelegenheit ausgemerzt werden müsse.

Die Beratungsstelle für Auslandsanleihen

Erfolgte Einigung.

Aus unterrichteten parlamentarischen Kreisen in Berlin erfährt man, daß die Verhandlungen, die zurzeit im Reichsfinanzministerium mit den Finanzministern der Länder über die neuen Richtlinien der Beratungsstelle für Auslandsanleihen geführt wurden, zum Abschluß gekommen sind.

Im wesentlichen war bereits Mittwoch eine Vereinbarung zwischen Ländern, Reich und Reichsbank erzielt worden. Bei den Donnerstagssitzungen handelte es sich deshalb hauptsächlich noch um Formulierungen, für welche die Konferenz einen Ausschuss eingesetzt hatte. Über diese Formulierungen ist nunmehr eine Einigung zustande gekommen, so daß die neuen Richtlinien, die für die Anleihebedürfnisse, aber auch für die Währungs- und Wirtschaftspolitik von großer Bedeutung sind, gegeben sind. Das Ergebnis der Verhandlungen wird den Länderregierungen mitgeteilt werden. Materiell haben die neuen Richtlinien in erster Linie den Zweck, die wirtschafts- und währungspolitischen Gesichtspunkte, die die äußerste Weichheit bei Ausnahmen von Auslandskrediten durch öffentliche Verbände gebieten, genauer herauszuarbeiten und zusammenzufassen.

Aus der Reichsratsitzung.

Berlin, 20. Oktober. Der Reichsrat stimmte in seiner öffentlichen Sitzung heute abend dem Gesetzentwurf über die internationalen Abkommen betreffs Krankenversicherung der Arbeitnehmer in Gewerbe, Handel, Landwirtschaft und der Hausgehilfen zu. Ferner wurde ein Gesetzentwurf angenommen, der die Vereinbarungen der deutschen Regierung mit der Regierungskommission des Saargebietes über die soziale Versicherung im Saargebiet betrifft. Zugestimmt wurde weiter dem vom Finanzminister vorgeschlagenen Erlaß der Kapitalrentensteuer für einige Auslandsanleihen. Nach Erledigung der Tagesordnung nahm der preußische Staatssekretär Dr. Weismann das Wort, um auf die Vorgänge in der Reichsratsitzung am 14. Juli zurückzukommen, in der Reichsinnenminister von Kuebel Vorwürfe gegen den preußischen Bevollmächtigten Dr. Badt erhoben habe. Die inzwischen stattgefundenen Verständigungsversuche seien leider gescheitert. Es sei aber dringend notwendig, daß diese Affäre zu einem Ende gebracht werde. Der preußische Vertreter beantragte, in der Vollziehung am nächsten Donnerstag diese Angelegenheit zu erledigen. Der Reichsrat erklärte sich nach längerer Aussprache grundsätzlich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Erneut wachsende Arbeitslosigkeit.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter für Mitte Oktober scheint die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes ihren Höhepunkt überschritten zu haben. In einzelnen Fällen nahm die Zahl der Arbeitsuchenden zwar noch ab, doch hat sich der Andrang verstärkt. Abgesehen davon werden sich in den kommenden Wochen auf dem Arbeitsmarkt die Spannungen, die durch drohende oder bestehende Wirtschaftskämpfe hervorgerufen sind, wahrscheinlich wesentlich auswirken. Die Landwirtschaft, das Baugewerbe sind noch gut beschäftigt, bei schlechterem Wetter wird der Zugang vischlich stärker werden; andererseits berichten noch Eisen- und Stahl-, Metall- und Maschinenindustrie, Chemische und Textilindustrie, während im Vertriebsgewerbe die Besserungstendenzen schon wieder abflauen.

Die politische Bedeutung der Schlacht von Navarin

(20. Oktober 1827.)

Von G. W. Deininger.

Am 20. Oktober 1827 jährt sich zum hundertsten Male der Tag, an dem die vereinigten englisch-russisch-französischen Geschwader die türkisch-ägyptische Flotte in der Bucht von Navarin vernichteten.

Die bedeutende Auswirkung dieses Ereignisses auf die neuere griechische Geschichte läßt es für die Athener berechtigt erscheinen, diesen Tag festlich zu begehen. Ebenso soll auch in London und Paris eine Erinnerungsfeier stattfinden, und außerdem wird Frankreich sein Mittelmeergeschwader in den Piräus entsenden. Unter diesen Umständen dürfte ein kurzer Ueberblick über die Ereignisse um Navarin von Interesse sein, zumal auch Deutsche eine gewisse Rolle im griechischen Freiheitskampf gespielt haben.

Seit dem Jahre 1820 kämpfte auf dem Boden der alten Griechenwelt eine aus slavischen Einwanderern und Nachkommen der Hellenen entstandene christliche Bevölkerung gegen die 400 Jahre dauernde türkische Herrschaft. Die Namen Dragatschan, Beta, Missolonghi erzählen von dem Verzweiflungskampf kleiner Haufen gegen vielfache Uebermacht. Die Nachricht vom entsehligen Blutbad auf Chios weckte die helle Empörung aller Europäer. Byron's und W. Müllers Griechenlieder riefen die Jugend Europas unter die griechischen Fahnen. In Deutschland steigerte sich, aus dem Haß gegen die unsinnige Reaktion Metternich'scher Bestrebungen geboren, diese Begeisterung bis zur übertriebenen Schwärmerie.

Von den europäischen Großmächten war Rußland besonders lebhaft am Freiheitskampf der Hellenen interessiert; Zar Nikolaus I. befürwortete damals eifrig unter dem Einfluß von Staatsmännern wie Pozzo di Borgo und Capodistria das Einschreiten der Mächte. Von Metternich, dessen Geist von legitimistischen Ideen völlig befangen war, konnte ein Zusammengehen zu Gunsten eines freiheitsliebenden Stammes nicht erwartet werden. So versuchte man in Rußland eine Verständigung mit England, die dann auch zum Protokoll vom 4. April 1826 führte. Dieses sah vor, daß Griechenland unter der nominellen Oberhoheit des Sultans von eigenen Herrschern regiert werden sollte, die mit Zustimmung der Pforte vom Lande selbst gewählt werden mußten. Außerdem wurde der Türkei ein jährlicher Tribut aus dem Basallensaat zugesichert.

Am 6. Juli 1827 jählos sich Frankreich im Londoner Vertrag den russisch-englischen Bestrebungen an. Hierin verpflichteten sich diese Mächte zu Unterhandlungen mit der Türkei, um die Punkte des Petersburger Protokolls durchzuführen. Während der Dauer der Beratungen sollte zwischen den kämpfenden Parteien Waffenruhe herrschen. Ein weiterer Artikel des Vertrages bestimmte, daß die Kontrahenten gegen diejenige Seite, welche die Vermittlung nicht annehmen und innerhalb eines Monats keinen Waffenstillstand schließen wollte, gemeinsam vorgehen mußten. Da sich die Mächte nicht im Zweifel darüber waren, daß die Pforte eine Einmischung in ihre inneren Verhältnisse ablehnen würde, so wurde von vornherein mit der Möglichkeit militärischen Eingreifens gerechnet. Tatsächlich wurden auch die entsprechenden Noten der Gesandten in Konstantinopel von der Pforte nicht einmal entgegen genommen, sondern eine neue türkisch-ägyptische Flotte nach Navarin, einem kleinen Hafen an der Südwestküste des Peloponnes, beordert, um von hier aus die in größter Bedrängnis befindliche Freiheitsbewegung zu ersticken. Hier im alten Bylos, das schon mehr als zwei Jahrtausende vorher eine Rolle gespielt hatte, sollte sich Griechenlands Geschick entscheiden.

Die unter Führung des Engländers Codrington vereinigte Flotte der Mächte legte sich vor den Hafen. Verschiedene Versuche der Eingeschlossenen, Truppen und Lebensmittel aus Navarin zu bringen, wurden vereitelt; dagegen verliefen die Bemühungen, Ibrahim Pascha, den Oberbefehlshaber der türkischen Land- und Seemacht, zum Waffenstillstand zu bewegen, erfolglos. Er setzte im Gegenteile seinen grauenhaften Vornichtungskrieg im Peloponnes fort. Codrington sah die Notwendigkeit ein, den Vereinbarungen des Londoner Vertrages Geltung zu verschaffen und lief in den Hafen von Navarin ein. Er glaubte allein durch diese Flotten demonstration die Türken gefügig zu machen. Auf jeden Fall sollte ein etwaiger erster Schuß den Eingeschlossenen überlassen werden.

Am 20. Oktober 1827 mittags lagen sich die beiden Flotten, von denen die türkische an Zahl weit überlegen war, gegenüber. Von einem ägyptischen Schiff fielen Flintenschüsse; noch versuchte man mit dem Sprachrohr eine Verständigung, als das Admiralschiff Ibrahim's das Feuer eröffnete. Da entbrannte die Schlacht. Bei Morgengrauen des 21. Oktobers waren von den 82 Schiffen der Türken 55 gesunken, der Rest streich die Flagge.

Die bedrängten Griechen atmeten auf; die Philhellenen in allen Ländern jubelten; in Petersburg und Paris war man über das Ereignis sehr erfreut; in London fühlte man sich dagegen peinlich berührt, da man von dem zwangsläufig folgenden russisch-türkischen Landkrieg eine Stärkung Rußlands auf dem Balkan und im Kaukasus befürchtete. Die englische Thronrede im Januar 1828 fand für die Ansicht der Regierung über die Schlacht Ausdruck in der Bezeichnung als „fatales Ereignis“ (unavoidable event). — Die Pforte zog die Folgerungen aus dem Geschehen, hob alle Verträge mit den Mächten auf und wies deren Gesandten aus. Im Frühjahr 1828 brach der Landkrieg mit Rußland aus, der bis zum September 1829 die gesamten Kräfte der Türkei in Anspruch nahm.

Inzwischen hatte Admiral Codrington Ibrahim durch einen Vorstoß gegen dessen ägyptische Heimat zur Aufgabe Griechenlands gezwungen und die griechischen Gefangenen befreit. Ein französisches Landungskorps besetzte einstweilen die geräumten Plätze.

Am 14. September 1829 mußte die Pforte angesichts des russischen Heeres vor Konstantinopel den Frieden von Adrianopel unterzeichnen und die Bestimmungen des Londoner Vertrages anerkennen. Griechenland wurde hiernach ein im Innern unabhängiger Basallensaat, ähnlich den Donaufürstentümern. 1830 traten die Mächte nochmals in London zusammen und erzwangen von der Türkei die Anerkennung Griechenlands als völlig unabhängigen Staat.

Die denkwürdige, ohne gegenseitige Kriegserklärung geschlagene Schlacht von Navarin führte so zur Freiheit des kleinen Volkes nach 400jähriger Unterdrückung; zu einer Freiheit freilich, die es dem Lande bis heute noch nicht ermöglicht hat, sich zu einem im Innern gefestigten und vom Ausland unabhängigen Staatswesen zu entwickeln.

Wieder rote Hosen für französische Truppen.

Paris. Die Feste der amerikanischen Legion in Paris, deren farbige Uniformen die Pariser entzückten, scheinen Kriegsminister Paulow zu der Bestimmung veranlaßt zu haben, daß die afrikanischen Truppen die frühere traditionelle Uniform (rote Hosen und blauer Jackett) wieder erhalten sollen. Allerdings soll die Uniform nur außerhalb des Dienstes getragen werden. Man glaubt, daß eine ähnliche Regelung mit der Zeit auch für die Heimattruppen Platz greifen wird.